Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 30 Pfg., bei lokalen Anzeigen 25 Pfg. Reklamezeile 1,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 2.60 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 15 — Montag, den 19. Januar 1920 — 48. Jahrgang

Steht es gut?

Es war im Oktober in einem stark mitgenommenen Unterkunftsdorf hinter der Westfront nahe der Maas. Die Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler Prinzen Max von Baden und Wilson gingen ihren Gang. Trotz feindlicher Flugzeuge drängten sich vor den neu angeschlagenen Drahtnachrichten der Ortskommandantur die Soldaten in dichten Haufen. Einer hatte sich durchgearbeitet und als Neuestes gelesen, daß wir in das Zurückgehen hinter den Rhein eingewilligt hatten. Da sagte er zu seinem gespannt fragenden Kameraden: „Es steht alles sehr gut."

Friedenssehnsucht, Glaube an Wilson. Vertrauen auf Menschengüte, Hoffnung auf Völkerversöhnung gaben dem von dem jahrelangen Kriegswüten zermürbten Manne die Worte ein: „Es steht alles sehr gut."

Was haben wir alle seitdem erlebt! Wie steht unser Volk heute da! Zerrissen, entwaffnet, beraubt, geschmäht, gedemütigt, betrogen! Der Friede ist uns nicht genaht als „lieblicher Knabe", nein, drohend schreitet er uns entgegen, als Fronvogt über Sklaven. Wilson ist die Maske des Menschheitsbeglückers vom Gesicht geglitten — Rachsucht und Raubgier, nicht Menschengüte beherrschen mehr als je die Welt, der Traum der Völkerversöhnung ist fürs erste ausgeträumt. Der Mann von der Maasfront wird nicht mehr sagen: „Es steht alles gut."

In der ehrlichen Absicht, die nicht von uns verschuldeten Verwüstungen und Zerstörungen wieder gut zu machen, haben Regierung und Volk den Feinden die Hand geboten. Noch heute sind die weitesten Kreise des Volkes entschlossen, die wirtschaftlichen furchtbaren Lasten, die uns dieses Versprechen auferlegt, soweit möglich zu tragen. Das heißt Jahrzehnte und länger für das fremde Kapital zu schuften, das heißt mit Kindern und Kindeskindern das „Faust"-Wort durchzukosten: „Entbehren sollst du, sollst entbehren." Aber so furchtbar es sein wird, eins, das beste hätte uns dabei ja bleiben können, die Hochachtung vor uns selber, vor uns als Volk der schöpferischen Arbeit. Dann hätte man den Mann von der Maasfront in etwas zustimmen können. Es stände so, daß noch alles wieder gut werden könnte.

Aber so steht es nicht, solange Artikel 228 in Kraft ist. Im Unterbewußtsein des ganzen Volkes lebt das Gefühl: Wenn wir unsere Führer und Kameraden ausliefern, dann kann es nie wieder gut werden. Die Ehre ist die Schutzhülle der geistigen Persönlichkeit des einzelnen wie der Volksseele. Wie der Körper, dem die Haut abgezogen ist, eingehen muß, so muß der Geist eines Menschen verkommen, dem man seine Ehre nehmen konnte. Man geht uns aber an die Ehre, wenn man von uns fordert, daß wir treulos unsere Kameraden und Führer ausliefern, und wir lassen sie uns nehmen, wenn wir uns selber zum Büttel der Zwingherren des Ententekapitalismus erniedrigen. Ob der Auszuliefernde Generalfeldmarschall von Hindenburg heißt oder Landwehrmann Meier, ist für unser Ehrgefühl gleichwertig. Beide haben für uns getan, was sie konnten, hier heißt es: „Einer für alle, alle für einen." Bedarf dieses Gefühl eines Daseins- und Berechtigungsbeweises? Nein! Denn urkräftig lebt es ja in uns allen, in Männern und Frauen, und vor allem in unserer Jungmannschaft, im Arbeiter und Gelehrten, im Bauern und Kaufmann, im Regierungsmitglied und im Parteiführer, und nicht am schwächsten in dem Mann von der Maasfront und in seinen Kameraden. Sie alle wissen: Es steht nicht gut um uns, wenn wir uns darein fügen.

Leider konnten wir nicht verhüten, daß aus den Gefangenenlagern bereits etwa 70 Offiziere und etwa 500 Mann nach der Zitadelle von Lille ins Untersuchungsgefängnis geschleppt wurden. Das ist sehr traurig. Aber auch für diese 70 Offiziere und 500 Mannschaften wird die Regierung ohne Zweifel eintreten.

Das Volksempfinden verlangt es, und es verlangt auch folgendes. Ist es den Zwingherren des Ententekapitals wirklich um Gerechtigkeit und Sühne zu tun, dann muß sie auch die belgischen, französischen und englischen Verbrecher, die Peiniger unserer Brüder in Kriegs- und Zivilgefangenenlagern, die Leuteschinder in Marokko und Kamerun und Frankreich, nicht zu vergessen die Baralongmörder, aburteilen. Wir würden, auch wenn wir, die Sieger in den Schlachten, Sieger im Kriege geblieben wären, nicht die Auslieferung solcher Uebeltäter gefordert haben, wohl aber ein wirkliches ernstes Gerichtsverfahren und Sühne. Wo ist die Liste der französischen, englischen, belgischen Menschenquäler? Hat unsere Regierung im Namen der Gerechtigkeit die Anklage gegen sie gefordert? Sie, die bereit ist, alle Schuld auf unserer Seite aufzudecken und vor deutschen Gerichten zu sühnen. Die Männer, die uns regieren, sollen nicht vergessen, daß der Wille zur Gerechtigkeit unser Volk bis in die tiefsten Tiefen erfaßt hat. Man soll aber nicht wähnen, daß dies Rechtsverlangen einseitig sei, nein, es ist absolut, besonders bei den Männern der Front.

Amerikaner haben immer wieder gesagt: „Ihr habt Freunde in allen Ländern, aber wie können sie euch helfen, wenn ihr euch selbst nicht rührt." Nun, wir haben unser Ehrgefühl nicht verloren, dieser Schrei nach Gerechtigkeit zeigt es. Zuviel war über uns hereingebrochen, jetzt aber regt es sich wieder. Der Bund „Rettet die Ehre" und seine Verbreitung von Bremen aus in alle Gaue Deutschlands zeigt es. Erhebend ist der Widerhall, den sein Aufruf gefunden hat. Warum? Weil er aussprach, was alle gefühlt hatten. Und weiter! Wo ist der deutsche Polizist, der deutsche Soldat, der Hand anlegen wird an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg oder den Landwehrmann Meier, auf Befehl der Entente? Man nenne auch nur einen, der sich zum Ententebüttel hergeben wird. Die Regierung, würde, selbst wenn sie nicht ebenso fühlte, wie das Volk, die Auslieferung gar nicht durchführen können. Sie muß deshalb auf Abänderung dringen.

Im Namen unseres guten Rechts. In England versteht man sich auf das Erkennen der Volksregungen. Wie sagte neulich die englische Zeitstimme: „Gegen das sittliche Bewußtsein des deutschen Volkes ließe sich die Auslieferung nicht durchführen." Das zeigt uns den Weg. Schluß mit Flehen und Betteln und Selbstdemütigen. Wir müssen uns alle stark machen in dem Gedanken: Gegen unsere Ehre können wir nicht handeln.

Dann, aber nur dann, kann alles gut werden.

Nationalversammlung.

(Sitzung vom 17. Januar.)

Der von Mitgliedern aller Parteien eingebrachte Nachtragsetat zur Erhöhung der Teuerungszulagen für Beamte, Offiziere, Mannschaften usw. um 150 Prozent steht zur ersten Beratung. Angefordert werden dafür 500 Millionen Mark.

Reichsfinanzminister Erzberger: Ich würde mich freuen, wenn der Entwurf möglichst heute noch in allen drei Lesungen verabschiedet wird. Ich wende mich nun bei dieser Gelegenheit gegen die Opposition, die sich in weiten Beamtenkreisen wegen der Kinderzulagen geltend gemacht hat. Das Reich hat allen Anlaß, kinderreiche Familien in jeder Weise zu unterstützen. Erfreulich ist das Einverständnis der Beamten, daß mit der Besoldungsreform eine Steigerung der Arbeitsleistung eintreten muß, damit die Zahl der Beamten vermindert werden kann. Es muß auch für sie allgemein der Achtstundentag eingeführt werden. Ebenso begründe ich die Erklärung der Beamtenschaft, daß sie selbst unter sich mit allen Mitteln dahin wirken wolle, daß jede Korruption aufhört. Der Minister weist den Vorwurf der Unabhängigen zurück. Die Regierung muß und wird den Kampf gegen den Terror mit aller Entschiedenheit fortsetzen. Ein Abbau der Preise, der die Produktion vermindert, würde äußerst bedenklich sein. — Abg. Heim (Bayer. Bauernbund): Spielen Sie nicht mit dem Feuer. Der Roggenpreis für Weizen wird in Frankreich viermal höher als bei uns bezahlt. Die Entwickelung wird dahin führen, daß das Geld nicht mehr akzeptiert wird, sondern daß man nur noch Ware gegen Ware nimmt. Man höre doch endlich auf, den Landleuten Preise zuzumuten, die die Erzeugungskosten nicht decken. Durch den ungenügenden Preis verringert sich die Produktion und das Reich muß dem Auslande die Prämien zahlen, die es den heimischen Landleuten verweigert. Die Zeit kommt, wo alle Phrasen entwertet werden: das wissen Sie alle! (Stürmische Heiterkeit.) Die Preise kommen durch die Zahlungsmittel zum Ausdruck. Die Zahlungsmittel aber sind Papier ohne Deckung, und schließlich behalten wir im Ausland nur noch den Kredit des Staates vielleicht nur noch den Austausch von Ware zu Ware. So werden sich die Dinge entwickeln, und das hat seinen natürlichen Grund. Die Schuld trägt die Revolution nicht allein, aber in den 12 Monaten ist vieles unterlassen worden. (Zuruf: Warum sind Sie nicht Minister geworden?) Ich bin ehrgeizlos und Familienvater mit zehn Beilagen. (Stürmische Heiterkeit.) Heute wollen alle diejenigen Minister werden, die nichts können. Ein angemessener Gewinn muß der Landwirtschaft zugebilligt werden. Die falsche Behandlung der Preise erzeugt nur einen Rückgang der Produktion und außerdem zahlen wir für jeden Waggon Mehr aus dem Ausland 7000 Mark, die wir im Inland behalten können. In der Uebergangszeit von April bis Mai sind unter diesen Verhältnissen Unruhen möglich, und diese stören die Landwirtschaft in der besten Arbeits- und Bestellzeit. Wer das tut, sündigt gegen das ganze Volk. Redner wendet sich schließlich gegen die vorzeitige Verreichlichung der Eisenbahnen.

Reichsminister Erzberger: Verkehrs- und finanztechnische Gründe erfordern es, daß die Verreichlichung der Eisenbahnen bis zum 1. April durchgeführt wird. Die Besorgnisse, die Eisenbahn würde von der Entente als Pfandobjekt mit Beschlag belegt, ist unbegründet, denn die Bahn wird auch im nächsten Jahre ein gewaltiges Defizit ergeben. Auf die Zugriffsmöglichkeit der Entente an sich ist die Verreichlichung ohne jeden Einfluß. Es liegt auch nicht in der Absicht der Reichsregierung, die Eisenbahn zur Grundlage von Kreditaktionen zu machen. — Abg. Wirth (Z.): Herr Dr. Heim sollte nicht immer für Bayern Besonderheiten verlangen. Wenn Herr Dr. Heim eine Zentralisation, die allen zugute käme, mit uns durchzuführen versuchte, dann würde auch mit diesem System etwas ersprießliches erreicht werden. Auch der Reichsfinanzminister ist an sich ein Anhänger der Zentralisation. — Abg. Wurm (U.): Mit einer Verbilligung der Preise ist nicht zu rechnen, solange der Landwirt über Grund und Boden unbeschränkter Herr ist. — Abg. Dr. Heim (Bayer. Volksp.): Ich wünsche nicht den schrankenlosen Einheitsstaat. — Abg. Wirth (Z.): Herrn Heims Auffassung ist revolutionär gegen die geltende Verfassung. Wozu diente seine Reise ins besetzte Gebiet. — Abg. Herkel (D.-N.): In Wiesbaden hat Dr. Heim mit französischen Offizieren verhandelt. Ja, sogar öffentlich mit ihnen diniert. — Abg. Heim (Bayer. Volksp.): Es handelte sich um einen mir beigegebenen Begleitoffizier.

Die erste Lesung schließt.

Der Nachtragsetat wird in zweiter und dritter, sowie in der Gesamtabstimmung einstimmig angenommen.

Die Gesetzentwürfe zur Prüfung von Bildstreifen für Lichtspiele und über die Beschäftigung Schwerbeschädigter gehen zur Vorbereitung an Ausschüsse. — Der Gesetzentwurf über die Gewährung von Straffreiheit an Personen aus den Abstimmungsgebieten, sowie über die Aenderung des deutsch-polnischen Beamtenvertrages wird in allen drei Lesungen, sowie in der Gesamtabstimmung angenommen. — 2½ Uhr Mittagspause.

Um 4½ Uhr wird die Beratung fortgesetzt. Auf der Tagesordnung steht die von allen Parteien außer den Unabhängigen eingebrachte Interpellation betr. die vom interalliierten Ausschuß erlassenen Verordnungen über die Rheinlande.

Abg. Dr. Spahn (Ztr.) begründet die Interpellation: Gemäß dem Rheinlandabkommen kann der Ausschuß Verordnungen erlassen, die für die Gewährung des Unterhalts, der Sicherheit und der Bedürfnisse der fremden Streitkräfte nötig sind. Der Ausschuß hat aber 5 Verordnungen erlassen, die die Grenzen seiner Zuständigkeit nicht innehalten. Er greift damit in die Gesetzgebung des Reiches und Preußens ein. Was gedenkt die Regierung zu tun, um die Innehaltung des Rheinlandabkommens zu sichern? — Reichsminister Koch: Bestänben die Verordnungen zu Recht, so wären die Rheinlande kein besetztes, sondern ein unterworfenes Gebiet. Sie wären nur eine den Fremden auf Gnade und Ungnade ausgelieferte Kolonie. Wir haben Protest eingelegt. Wir stehen auf dem uns feierlich garantierten Rechtsboden. Wir können die Verordnungen für zu Recht bestehend nicht anerkennen. In den willkürlichen Ausschließungen liegt ein schwerwiegender Uebergriff. 76 Beamte sind von den Franzosen, 12 von den Belgiern ausgewiesen worden. (Hört! hört!) Die Engländer und Amerikaner haben keine Beamten ausgewiesen, nur je einen abberufen. (Hört! hört!) Die Schieber haben sich die Zwitterstellung der Rheinlande zunutze gemacht, weil sie in den Rheinlanden Straffreiheit zu finden hofften, wenn sie sich gegen die Strafgesetze des Vaterlandes vergangen haben. Den Loslösungsbestrebungen wird Vorschub geleistet. Wegen Beleidigungen oder Unzuträglichkeiten in Wort, Gebärde oder Haltung werden hohe Gefängnisstrafen angedroht. Es ist ein unerhörter Gedanke, daß Angehörige eines fremden Volkes sich zum Sittenrichter aufspielen. Diese Verordnungen bedeuten die Aufrichtung einer fremden Gewalt, die kein Kulturvolk ertragen kann. Wir werden alle Rechtsverletzungen in die Oeffentlichkeit ziehen. Die Bevölkerung jenseits des Rheines nimmt entgegen völlig nichtssagenden Ausnahmen eine untadelhafte Haltung ein. Unter dem Vorgehen der Willkür wird das Rheinland fester an uns geschmiedet als je in den Zeiten des Glücks. Nach Gesinnung, Blut und Sprache ist das Rheinland selbst auch nach dem Friedensvertrag deutsch. (Beifall.) — Die Interpellation ist damit erledigt.

Sonntag: Betriebsrätegesetz in dritter Lesung.

Die Annahme des Betriebsrätegesetzes.

In der Nationalversammlung wurde gestern die dritte Lesung des Betriebsrätegesetzes zu Ende geführt. Das Gesetz wurde in namentlicher Abstimmung mit 213 gegen 54 Stimmen der Rechten und der Unabhängigen angenommen. Die Verkündung des Ergebnisses wurde von der Mehrheit mit Beifall aufgenommen.

Am Schlusse der Sitzung schlug Präsident Fehrenbach vor, da zunächst der Steuerausschuß zu arbeiten haben werde, ihn zu ermächtigen, den Tag der nächsten Sitzung festzusetzen. Die Einberufung der Nationalversammlung werde wohl vor Ende Februar nicht stattfinden können. Das Haus trat dem Vorschlage des Präsidenten bei.

Schließung von Eisenbahnwerkstätten.

Die Regierung hat die Eisenbahndirektion Frankfurt a. Main beauftragt, die Eisenbahnhauptwerkstätte Nied, die größte und bestausgestattete Lokomotivwerkstätte des Bezirks wegen Unwirtschaftlichkeit zu schließen. Die Schließung ist Sonnabend nachmittag erfolgt. Sämtlichen Arbeitern wurde das Dienstverhältnis zum 2. Februar unter Lohnzahlung bis zu diesem Tage gekündigt, da die Leistungen der Werkstätten trotz der Vervielfachung der Arbeiterzahl nicht annähernd der früheren Leistung entsprachen. Späterhin sank in Nied das Ergebnis der Arbeit derartig, daß von ernsthaft zu nehmender Arbeit überhaupt nicht mehr gesprochen werden konnte. —

Außer der Eisenbahnwerkstätte in Nied hat die Regierung während des letzten Eisenbahnerstreiks wegen Unwirtschaftlichkeit des Betriebes auch noch die Eisenbahnwerkstätten in Wedau und in Mülheim-Speldorf im Eisenbahndirektionsbezirk Essen und die Eisenbahnhauptwerkstätten in Nippes und in Krefeld-Oppum im Eisenbahndirektionsbezirk Köln geschlossen und sämtliche Arbeiter entlassen. Ferner ist den Eisenbahnarbeitern bei der Betriebswerkstätte in Kirchweyh im Eisenbahndirektionsbezirk Münster, die zunächst in passive Resistenz und dann gleichfalls in einen wilden Streik getreten waren, eine Frist zur Wiederaufnahme der Arbeit gesetzt worden. Da die Arbeiter von dieser Bereitwilligkeit der Verwaltung, sie weiterhin zu beschäftigen, keinen Gebrauch gemacht haben, sondern weiterhin dem Dienste ferngeblieben sind, sind sie gleichfalls entlassen worden. In allen diesen Fällen hat die Regierung wie bei der Schließung der Eisenbahnhauptwerkstätte in Nied geglaubt, eine weitere Vergeudung von Staatsgeldern vor dem Volke nicht mehr verantworten zu können.

Der neue französische Präsident.

(W) Aus Paris wird gemeldet: Paul Deschanel ist heute zum Präsidenten der französischen Republik gewählt worden. Er erhielt von 889 Stimmen 734.

Die französische Präsidentenwahl hat eine überraschende Wendung genommen. Clemenceau, der als unbestrittener Kandidat galt, erhielt in letzter Stunde in Deschanel einen Gegner, der, nachdem der alte Ministerpräsident seine Kandidatur im Hinblick auf das Ergebnis der Vorwahlen aus verletzter Eitelkeit zurückgezogen hatte, siegen mußte; wenn Clemenceau in die Schranken getreten wäre, hätte das Ergebnis vielleicht doch noch anders ausgesehen. Deschangel ist politisch nicht sonderlich hervorgetreten. Er war jahrelanger Präsident der Kammer und erfreut sich bei allen Parteien einer großen Beliebtheit durch seine persönliche Liebenswürdigkeit und gewandte Geschäftsführung als Kammerpräsident. Er ist eine jener Persönlichkeiten, die durch geschicktes Lavieren bei jedermann die Ansicht hervorzurufen verstehen, sie seien gute Freunde, und über die deshalb nicht allzu viel zu sagen ist. Deschanel verspricht somit auf dem Präsidentenstuhl die Rolle eines bloßen Figuranten zu spielen. Für den neuen Kurs in Frankreich kommt es deshalb darauf an, wer Ministerpräsident wird.

Clemenceau verschwindet von der politischen Bühne.

(TU) Clemenceau hat gestern dem Präsidenten Poincaree seine Demission als Ministerpräsident und die Demission des ganzen Kabinetts überreicht. Er ist weder Senator noch Abgeordneter, verschwindet also gänzlich aus dem politischen Leben und wird auch den Vorsitz im Obersten Rat der Verbündeten niederlegen. Der so plötzlich Gestürzte hat jedenfalls erklärt, daß er sich aus dem politischen Leben zurückzieht. Er kehrt in die heimatliche Vendee zurück und will dort die bereits unübersehbare Memoirenliteratur des Krieges um einen Band vermehren. Dem neuen Herrn Deschanel wurde Millerand als der geeignete Mann für die Nachfolge im Ministerpräsidium bezeichnet. Trotzdem kann man vermuten, daß ein Ministerium Briand nicht lange auf sich warten lassen wird.

Holland u. die Auslieferungsfrage.

(W) Dutasta übergab Sonnabend morgen dem holländischen Gesandten in Paris die Note des Obersten Rates, welche die Auslieferung des ehemaligen Kaisers behandelt. Das Schriftstück, das sich auf Artikel 227 des Versailler Vertrages stützt, appelliert an den Gerechtigkeitssinn der holländischen Regierung und ersucht diese, sich den Wünschen der Alliierten anzuschließen und eine exemplarische Strafe zu statuieren.

(TU) Der Pariser „Intransigeant" gibt die Ansicht der führenden holländischen Juristen in der Konferenz über die Kaiserauslieferung

wie folgt wieder: Artikel 4 der holländischen Verfassung sichert allen, die sich auf holländischem Boden befinden, gleiches Recht und Schutz ihrer Persönlichkeit und Güter zu. Staatsangehörige und Ausländer sind gleichgestellt. Dieser Grundsatz wird die Auslieferungsfrage vor allem beherrschen und wird auch in dem Auslieferungsabkommen mit Frankreich, England und den Vereinigten Staaten ausdrücklich erwähnt. Jedes Ersuchen um Auslieferung muß von der holländischen Regierung nach Gesetz und Abkommen geprüft werden. Die „Verletzung der internationalen Moral", die im Artikel 227 des Friedensvertrages erwähnt wird, steht nicht auf der Liste der strafbaren Vergehen in der holländischen Verfassung und auch nicht in dem holländischen Abkommen. Ebenso wenig steht diese Handlung in den Strafgesetzen der Mächte, die die Auslieferung verlangen. Daher kann Holland nicht gerichtlich bei der Bestrafung einer Tat mitwirken, die nicht unter Strafe gestellt ist. Der zweite Einwand geht darauf hinaus, daß die Tat, deren der Kaiser beschuldigt wird, eine politische ist, und es steht ferner fest, daß politische Verbrechen oder Mitschuld an politischen Vergehen kein Grund für eine Auslieferung sind. Dies wird in allen Auslieferungsverträgen anerkannt.

Königin Wilhelmine für den Kaiser?

Die „Preß-Information" meldet aus Amsterdam: In gut unterrichteten politischen Kreisen verlautet, die Königin von Holland werde die Initiative ergreifen, der Welt in einer Erklärung darzutun, daß das Begehren der Auslieferung des Kaisers durch die Verbündeten Holland gegenüber ungerechtfertigt sei und daß man Holland nicht zwingen dürfe, sein Asylrecht zu verletzen.

Die Teilstreiks der Ruhrbergwerke.

(TU) Trotz aller Bitten und Ermahnungen der unter der Kohlennot schwer leidenden Arbeiterschaft an die Bergarbeiter, alle Kräfte für eine Erhöhung der Förderungen einzusetzen, läßt sich ein Teil der Ruhrbergarbeiter nicht davon abhalten, seinen Streikgelüsten zu frönen. Die Streikgründe sind den Streikenden in der Regel selbst unbekannt. Während noch vor einigen Tagen die Belegschaft der Zeche „Amalie" in Essen die Arbeit für einen Tag ruhen ließ — angeblich, um den streikenden Eisenbahnern ihre Sympathie für ihre Bestrebungen auszudrücken — haben heute auf der linken Rheinseite die Belegschaften der Zechen „Rheinpreußen", Schacht III und Schacht IV und V, „Wilhelmine", „Mevissen", „Diergardt", I und II, und „Niederrheinische Bergwerksgesellschaft" die Arbeit niedergelegt, ohne einen stichhaltigen Grund angeben zu können. Es verlautet, daß es sich darum handle, einigen Eisenbahnern, die auf dem Bahnhof Krefeld die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen haben, die Sympathie zu bezeugen. Der durch die gänzlich sinnlosen Streiks entstandene Ausfall an Kohlen trifft die notleidende Bevölkerung ungemein schwer. Linksrheinisch arbeiten heute nur die Zechen „Friedrich Heinrich" und „Rheinpreußen" I und II; auf der rechten Rheinseite haben die Belegschaften der Gewerkschaft „Friedrich Thyssen" (früher „Deutscher Kaiser") auf fünf Schachtanlagen die Arbeit wieder aufgenommen, während auf zwei Schachtanlagen noch gestreikt wird. Auch die Belegschaften der Zechen „Neumühl" und „Wesche" sind heute wieder angefahren. Die Folgen des Eisenbahnerstreiks machen sich in der Kohlenversorgung aufs empfindlichste bemerkbar. Auf der Zeche „Königsgrube" hat die Belegschaft der Morgenschicht infolge gänzlichen Ausbleibens der Stellungswagen nicht anfahren können.

Die Unterstützung Frankreichs und Englands in der Ernährung Oesterreichs.

(TU) Der Chef der französischen Mission, Allice, erklärte bezüglich der von der Agence Havas veröffentlichten Note an Oesterreich, was die Ernährung betrifft, so werden Frankreich und England in voller Uebereinstimmung bereit sein, den notwendigen Opfern zuzustimmen in der Voraussetzung der Unterstützung Amerikas. Den Verbündeten liege der Gedanke fern, sich in die Fragen der inneren Politik Oesterreichs einzumischen, aber sie rechnen auf den Patriotismus der österreichischen Volksschichten, jeder Regierung der Einheit, der Ordnung und der Arbeit zu unterstützen.

Tagesereignisse.

— **(Einzug der Polen in Thorn.)** Gestern fand der feierliche Einzug der polnischen Truppen in Thorn und die Uebergabe der Stadt an die Polen statt.

— **Der zweite Untersuchungsausschuß** des parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung beschloß gestern in nichtöffentlicher Sitzung, die öffentlichen Vernehmungen im Februar fortzusetzen. Inzwischen sollen die Akten über den diplomatischen Verkehr zwischen Berlin und Washington, soweit sie mit der Wilson-Aktion in Verbindung stehen, und über die Vorbereitung des deutschen Friedensangebots vom 12. Dezember 1916 veröffentlicht werden. Außerdem sollen vor den weiteren Vernehmungen die Veröffentlichung der weiteren Akten, namentlich über den U-Bootskrieg, die Folgen unseres Friedensangebotes und die Vorschläge die zur Proklamation eines selbständigen Polens am 5. November 1916 geführt haben, erfolgen.

— **(Eine gewaltige Kundgebung.)** In Flensburg waren vom Abstimmungsausschuß in den vier größten Lokalen Versammlungen anberaumt, aber 1 Stunde vorher waren diese überfüllt. Alle diejenigen, die nicht mehr in die Säle hineinkommen, hielten darauf eine Versammlung unter freiem Himmel ab. Am Schluß wurde eine Resolution angenommen, in der einstimmig die Treue zum deutschen Volke zum Ausdruck gebracht wurde. An die Versammlung schloß sich ein nach Tausenden zählender Umzug durch die Stadt unter den Klängen des Schleswig-Holsteinliedes. Es war die größte deutsche Kundgebung, die jemals in Flensburg stattgefunden hat.

— **(150 Millionen für die schleswigschen Abstimmungsgebiete.)** Die preußische Regierung hat 150 Millionen Mark für das nordschleswigsche Abstimmungsgebiet zur Verfügung gestellt und zwar sollen diese 150 Millionen den Abstimmungsgebieten zugute kommen, die Deutschland verbleiben, um die Bewohner später über die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Verhältnisse hinwegzuhelfen.

— **(Das Jahr der Weltrevolution.)** Die „Times" meldet aus Moskau: Trotzky gab bekannt, daß die bolschewistische Armee jetzt eine Million Mann zählt und daß für das Frühjahr die allgemeine Offensive der Roten Armee an allen Fronten erfolgen soll. Das Jahr 1920 sei das Jahr der Weltrevolution.

— **(Der Parteitag des Zentrums.)** Der Parteitag des Zentrums begann gestern abend mit einem Empfang in den Wandelhallen des Reichstages. Die Begrüßungsansprache hielt als Vertreter der Berliner Organisation Kaufmann Schönborn. Der Abg. Pfeiffer gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Parteitag des Zentrums getragen sein möge von gegenseitigem Vertrauen, von Mut gegeneinander und von dem Willen, gemeinsam mit dem ganzen Volke am Wiederaufbau zu arbeiten. Er erklärte weiter, daß ein großer Teil der Delegierten der bayrischen Volkspartei offiziell an den Beratungen teilnehmen werde.

— **(Beleidigungsprozeß Ebert gegen Dr. Bülck.)** Sonnabend fand vor der 7. Berliner Strafkammer der Beleidigungsprozeß des Reichspräsidenten gegen den verantwortlichen Schriftleiter der „Deutschen Zeitung", Dr. Bülck wegen eines Artikels statt, für den Dr. Bülck die preßgesetzliche Verantwortung trug. Der Angeklagte wurde wegen Beleidigung des Reichspräsidenten und der Minister zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

— **(Graf Arco begnadigt.)** Aus München wird gemeldet: Graf Arco wurde zu lebenslänglicher Festungshaft begnadigt.

— **(Der Ausnahmezustand in Hamburg.)** Der Ausnahmezustand ist nun weiter auch für Groß-Hamburg verkündet worden. Für das Gebiet von Groß-Hamburg und Umgebung ist dem Garnisonältesten Obersten Freiherrn v. Wangenheim die vollziehende Gewalt übertragen worden. Aus St. Pauli war der Wache ein wegen Vergewaltigung verhafteter Mann entflohen. Er wurde durch Schüsse der ihn verfolgenden Beamten getroffen und tödlich verletzt. Bei der Verfolgung wurde aus einem Hause geschossen. Die Einwohnerwehr durchsuchte die Wohnungen, konnte aber die Waffe nicht finden.

— **Die Situation der Stadt Wien** ist infolge des Ausbleibens der Kohle geradezu trostlos. Eine Deputation des Stadtrates unter Führung des Bürgermeisters erhielt vom Staatssekretär für Handel und Industrie eine sehr betrübende Antwort. Es seien keine Mittel vorhanden, daß Kohlenzuschübe erfolgten, und gegenwärtig sei sowohl der Personen- sowie der Güterverkehr der Bahn auf das äußerste bedroht, so daß zu befürchten sei, daß der Bahnverkehr eingestellt werden müsse.

— **In den Eisenbahnwerkstätten** Breslaus hatte die vorgenommene Abstimmung folgendes Ergebnis: 4830 Stimmen für die Wiederaufnahme der Arbeit, 3657 für den Streik, 271 zersplittert. Die Arbeit wird also wieder aufgenommen.

— **Mit Morphium betäubt.** Am Gendarmenmarkt in Berlin wurde der Kaufmann Hans Gamelin von einem angeblichen Kaufmann Bruno Wolkermann aus Dortmund, den er vor einiger Zeit kennen gelernt hatte, mit Morphium betäubt und um 70000 Mark beraubt. Der Täter konnte noch nicht ergriffen werden. Da er mit Gamelin in Geschäftsverbindung stand, wußte er, daß dieser stets eine größere Geldsumme bei sich trug.

— **Eine Kindertragödie.** Die beiden Kinder des Oberwachtmeisters Hecklau in Berlin wurden in der elterlichen Wohnung in einer Tonne als Leichen aufgefunden. Der Leichenfund hat nun eine entsetzenerregende Aufklärung erfahren. Die Mutter der Kinder hat eingestanden, daß sie selbst die beiden Kleinen zur Strafe dafür, daß sie zu spät nach Hause gekommen waren, in die Tonne gesteckt, den Deckel zugeschlagen und sich nicht weiter um sie gekümmert habe, bis sie später tot aufgefunden wurden. Es ist eine furchtbare Tragödie, die durch das Geständnis der unmenschlichen Mutter enthüllt wird. Wenn auch die Frau schwer hysterisch zu sein scheint und diese Hysterie vielleicht noch durch den hochschwangeren Zustand verstärkt wird, so zeugt die Tat doch von einer Roheit, wie sie glücklicherweise nur ganz vereinzelt dasteht. Unbekümmert um das verzweifelte Hilfegeschrei der unglücklichen Kinder hat die Frau ihrer maßlosen Wut freien Lauf gelassen, bis endlich das Schreien zum leisen Wimmern wurde, bis endlich der ältere Knabe seinen Arm um den Hals des jüngeren Schwesterchens legte und ergebungsvoll mit ihm den Tod erwartete.

Westfalen und Rheinland.

Dortmund, 19. Jan. **(Schwurgericht.)** In der Anklagesache gegen die wegen schwerer Urkundenfälschung angeklagten neun Personen wurde die Verhandlung Freitag fortgesetzt. Es handelte sich bekanntlich um Fälschung von Abmeldescheinen für dauernd auf Reise befindliche Personen zwecks Erlangung von Lebensmittelkarten, welche Fälschungen möglich waren, weil der erste Angeklagte Wünschen sich bei der Firma Stempel-Boß hier zwei Stempel des Lebensmittelamtes Dortmund verschafft hatte, welche Stempel der Angeklagte Kaufmann Müller zur Fälschung der Reiseabmeldungen benutzte. In der Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß die Formulare, welche in Papiergeschäften käuflich zu haben sind, nicht ganz den Vorschriften der Verwaltungsbehörde entsprachen. Es hätte eigentlich, wenn in den Städten, wo die Angeklagten Lebensmittelkarten erschwindelt haben, die betr. Ausgabepersonen aufgepaßt hätten, der Betrug gleich erkannt und die Ausgabe von Karten nicht erfolgen dürfen. Der Staatsanwalt ließ die Anklage auf Fälschung öffentlicher Urkunden fallen und beantragte nur das Schuldig wegen Fälschung von Privaturkunden. Die sieben Verteidiger bestritten, daß es sich überhaupt um Urkunden handle. Die Angeklagten könnten höchstens wegen Fälschung von Legitimationspapieren bestraft werden, also wegen einer Übertretung. Die Staatsanwaltschaft bekämpfte diese Annahme. Die Herren Geschworenen sprachen die Angeklagten der Fälscher privater Urkunden schuldig, sie bejahten auch, daß die Fälschungen zwecks Verschaffung eines Vermögensvorteils begangen seien. Bei dem Angeklagten Wünschen war verneint worden, daß er sich des Diebstahls schuldig gemacht habe, vielmehr wurde Unterschlagung angenommen. Da sein Prinzipal den Strafantrag zurückgenommen hatte, mußte Einstellung des Verfahrens erfolgen. Thompson, die Witwe Schulte und das Küchenmädchen Anuth wurden freigesprochen. Im übrigen wurden verurteilt Wilhelm Distelkamp zu 4 Monaten 1 Woche, Wilhelm Müller zu 1 Jahr 1 Woche, Wilhelm Koch zu 3 Monaten, Bruno Viebahn zu 5 Monaten, Wilhelm Viebahn zu 4 Monaten Gefängnis. Den Angeklagten wurde die Untersuchungshaft angerechnet.

Westhofen, 19. Jan. **Ein ganz gefährlicher Bursche** ist der Fuhrmann Karl Kopatz aus Westhofen. Er ist schon oft und erheblich mit Zuchthaus wegen Diebstahls vorbestraft, auch heute hat er sich wegen Diebstahls zu verantworten. Seinem Dienstherrn, dem Landwirt Nölle in Hemmerde, stahl er 2 Paar Schnürschuhe. Vor der Strafkammer beantragte der Staatsanwalt, Kopatz zu 1 Jahr Zuchthaus zu verurteilen, ihm die Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren abzuerkennen und ihn unter Polizeiaufsicht zu stellen. Er erhielt 1 Jahr Gefängnis. Kopatz wird sich auch am Montag vor dem Schwurgericht wegen Meuterei und Totschlags zu verantworten haben. Er hat mit einem anderen Mitgefangenen zusammen in Soest den Gefangenenwärter überfallen und erwürgt.

(TU) **Essen,** 19. Jan. **(Gegen die Sechsstunden-Schicht.)** Der Zentralvorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft hat zu der Frage der Einführung des Sechsstundentages nach den Beschlüssen der mit der Abfassung beauftragten Kommission eine Entschließung angenommen, in der es heißt, daß er sich angesichts der bestehenden wirtschaftlichen Notlage, die insbesondere durch die Minderförderung von Kohlen herbeigeführt sei, sich nicht für eine weitere Verkürzung der Schichtdauer auf sechs Stunden für die Betriebe aussprechen könne. Die durch Schichtverkürzung eintretenden Folgen wären so schwerwiegender Natur, daß sie den tatsächlichen Zusammenbruch bedeuten würden. Eine solche Frage sei nach Meinung des Zentralvorstandes nur auf dem Wege internationaler Verständigung zu lösen. Er halte sich daher für verpflichtet, der Befürchtung Ausdruck zu verleihen, daß, wenn nicht durch ein weiteres Erhöhen der Kohlenförderung Möglichkeiten zu umfassenderen Arbeiten der Industrie gegeben würden, die geradezu unerträglichen Friedensbedingungen zum Ruin unserer gesamten Wirtschaft führen werden.

** **Essen,** 19. Jan. **Eine Konferenz der Gewerkschaften aller Richtungen,** deren Angehörige durch den Kohlenmangel zu leiden haben, tagte hier. Die Konferenz war von der Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiter-Verbände einberufen. Die Vertreter der übrigen Gewerkschaften schilderten die Not, die in ihrem Berufe durch die Stillegung der Betriebe infolge Kohlenmangels vorhanden ist. Von allen Rednern wurde ausdrücklich betont, daß sich die Not mit jedem Tage steigere. Die Konferenz beschloß einstimmig einen Aufruf an die Bergarbeiterschaft, in dem diese aufgefordert wird, alles, was in ihrer Kraft steht, zu tun, um eine reichlichere Belieferung der Werke mit Kohlen zu ermöglichen. Der Aufruf ist von 18 Gewerkschaften unterzeichnet.

TU **Essen,** 19. Jan. **(Unruhen auf einer Zeche.)** Wie das Kommando der Sicherheitswehr mitteilt, kam es in einem Ledigenheim der Zeche „Mathias Stinnes" in Karnap zu Unruhen, die zu einem Tumult ausarteten. Eine Abteilung der Sicherheitswehr wurde tätlich angegriffen und eingeschlossen. In der Notwehr war sie gezwungen, eine Handgranate zu werfen, wodurch zwei Angreifer verletzt wurden. Ein weiterer Zug Sicherheitswehr stellte die Ordnung wieder her und verhaftete 12 Personen.

** **Köln,** 19. Jan. **(Zur Kölner Erzbischofswahl.)** Als Vertreter des Domkapitels begibt sich der Domprobst Dr. Middendorff mit zwei anderen Domherren in den nächsten Tagen nach Paderborn, um den zum Erzbischof erwählten Bischof Dr. Schulte offiziell von seiner Wahl zu benachrichtigen und ihn zu fragen, ob er die auf ihn gefallene Wahl anzunehmen bereit ist. Im Falle der Annahme obliegt es dem Erwählten, vom Papst die Lösung seiner bisherigen Diözese Paderborn zu erwirken und die Uebertragung der Erzdiözese Köln zu erbitten.

Das stolze Schweigen

Roman von H. Courths-Mahler.

71. Fortsetzung.

Das kleine Dienstmädchen seiner Wirtin, das ihm die Türe öffnete, sagte zu ihm: „Herr Doktor, Ihr Herr Vetter, Herr von Ramsberg ist da und wartet schon fast eine Stunde in Ihrem Zimmer auf Sie."

Hans zuckte betroffen zusammen. Einen Moment zögerte er. Am liebsten wäre er umgekehrt, denn ihm graute vor einer Begegnung mit Walter. Aber zugleich drängte es ihn doch auch, von ihm zu erfahren, ob er sich mit Ruth verlobt hatte oder nicht.

So trat er ein.

Er sah Walter in tiefes Hinbrüten versunken zusammengehockt in einem Sessel sitzen. Erst, als Hans die Tür hinter sich ins Schloß zog, wandte er langsam das Haupt, als entreiße er sich widerwillig seinen Gedanken.

Hans erschrak über seinen Anblick. Walter sah furchtbar elend aus. Er, der sonst soviel Wert auf elegante Kleidung gelegt hatte, schien in seinem Aeußeren sehr vernachlässigt. Das Haar hing ihm ziemlich wirr in die Stirn, als wenn er sich häufig mit den Händen darin herumwühlte. Und seine Augen blickten erloschen und doch wie im Fieber.

„Kommst du endlich! Ich warte schon lange auf dich", sagte er mit einer matten, tonlosen Stimme.

Hans trat einen Schritt näher.

„Was wünschest du von mir?" fragte er wider Willen vom Mitleid erfaßt, von einem Mitleid freilich, zu dem sich das Grauen gesellte.

„Was ich wünsche? O, ich bin nur gekommen, dir Glück zu wünschen. Ich hörte von deinen Erfolgen. Du wirst mir doch gestatten, dir Glück zu wünschen?"

Mit zusammengezogener Stirn sah ihn Hans an.

„Ich danke dir. Aber du hättest uns diese Begegnung ersparen können. Da du aber einmal hier bist, gestattest Du mir wohl eine Frage. Baron Hainau sagte mir soeben, Fräulein von Gosseck hat eine Stellung angenommen. Hättest du das nicht verhindern können. Sie war doch immerhin mit Onkel Heinz verlobt. Und du wolltest doch auch um ihre Hand anhalten?"

Es lag eine tiefe Erregung in seinen Worten und Walter fühlte diese Erregung instinktiv heraus. Ein tückisches Leuchten trat in seine Augen. Sollte Hans doch nicht so gleichgültig Ruth von Gosseck gegenüberstehen. Sollte er jetzt, da er Erfolge hatte, gar daran denken, sich selbst um sie zu bewerben? Sie liebe Hans, das wußte er, trotzdem sie es geleugnet hatte. Und das genügte ihm schon, Hans zu hassen. Wenn aber Hans sich jetzt einfallen lassen würde, um Ruth anzuhalten — wenn sie seine Frau würde — dann —

Vor Walter von Ramsbergs Augen wallte ein roter Nebel. Er erschauerte vor seinen eigenen Gedanken. Sein Atem ging tief und schwer und in seinen Augen brannte der Wahnsinn.

Und doch funkelte zugleich eine schlaue Berechnung darin. Er sagte sich, daß er zwischen Hans und Ruth von Gosseck eine unübersteigliche Mauer aufrichten müsse, wenn er nicht vor Eifersucht wahnsinnig werden sollte. Und so sagte er nach einer Weile in einem scheinbar überlegenen, sarkastischen Tone:

„Du kannst ganz unbesorgt sein. Ruth von Gosseck wird meine Frau. Sie hat meine Werbung angenommen — aber vorläufig sage ich dir das nur unter strengster Diskretion. Sie will ihrem ersten Verlobten wenigstens ein Jahr die Treue halten, und es ist wohl auch besser, wenn wir das Trauerjahr erst vorüber lassen."

Hans fühlte, wie ihm das Blut in den Adern erstarrte. Er wurde sehr bleich. Und das bemerkten Walters lauernde Blicke. Wie ein Feuerbrand schoß die Eifersucht in ihm empor. Trotz Ruths schroffer Abweisung seiner Werbung glühte die Leidenschaft für sie heißer und wilder denn je in seinen Adern. Diese glühende, eifersüchtige Leidenschaft und sein böses Gewissen saugten die Lebenskraft aus seinen Adern. Er wußte wohl, daß Ruth für ihn verloren sei. Zu deutlich hatte sie ihm ihre Abscheu gezeigt.

Aber er gönnte ihren Besitz auch keinem andern, lieber belastete er seine Seele mit neuer Schuld.

Das Dichterwort: „Das ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären" bewahrheitete sich an ihm. Er wog schon lange nicht mehr ab, was recht und unrecht war. Seine Leidenschaft zwang ihn, zu lügen, um eine Scheidewand zwischen Hans und Ruth aufzubauen. Und eine wilde Freude überfiel ihn, als er merkte, daß Hans betroffen das Haupt senkte und momentan vor Erregung nicht sprechen konnte.

Erst nach einer Weile raffte sich Hans mühsam aus seiner Erstarrung auf und sagte mit erzwungen gleichgültigem Tone:

„Dann habe ich nichts weiter zu bemerken. Ich bin aber nun umsomehr erstaunt, daß du es zugelassen hast, daß deine Braut eine Stellung annahm."

Walter war auf diese Frage gefaßt gewesen.

„Es ließ sich nicht mehr ändern — sie hatte diese Stellung schon angenommen und sich auf einige Zeit verpflichtet. Außerdem wollte sie sich etwas zerstreuen und ablenken und so wird sie wohl bis zu unserer offiziellen Verlobung in dieser Stellung bleiben."

Hans biß die Zähne zusammen und warf den Kopf zurück.

„Dann habe ich nichts mehr zu bemerken. Ich glaubte, Fräulein von Gosseck habe aus Not diese Stellung angenommen und das hätten wir nicht zulassen dürfen."

„Sei außer Sorge — und laß dir danken für das Interesse, daß du für meine Braut an den Tag legst", sagte Walter hämisch.

„Es galt nicht deiner Braut, sondern der hinterlassenen Braut von Onkel Heinz", erwiderte Hans eisig.

Walter erhob sich mit einem jähen Ruck.

Er hatte erst heute in der Stadt erfahren, daß Ruth eine Stellung angenommen hatte und bereits abgereist war. Nach langer Zeit hatte er sich wieder einmal in die Stadt gewagt. Und zugleich hatte er von der Rückkehr seines Vetters erfahren. Da hatte ihn eine unerklärliche Empfindung in dessen Wohnung getrieben. Was er dort gewollt hatte, wußte er selbst nicht. Aber nun war er sehr befriedigt, daß er gekommen war. Nun wußte Hans, daß Ruth nicht mehr für ihn zu haben sei, wenn er doch die Absicht gehabt hätte, um sie zu werben.

„Das lasse ich nicht zu. Wenn sie mir nicht gehört, soll sie auch keinem anderen gehören, lieber töte ich sie und mich und ihn", dachte er sinnlos vor Eifersucht.

Aber als ihm dieser Gedanke zum Bewußtsein kam, schauerte er wie im Frost zusammen und biß die Zähne aufeinander. Und er sah sich scheu um, als stehe jemand hinter ihm.

„Also guten Morgen!" rief er hastig, nahm seinen Hut, der vor ihm auf dem Tische lag und zog den Paletot, der er gar nicht abgelegt hatte, fröstelnd zusammen. Schnell ging er hinaus.

Hans sah ihm mit großen, starren Augen nach und um seinen herb geschlossenen Mund grub sich ein verächtlicher Zug.

„Wie konnte sie sich an diesen Menschen verkaufen? Und wenn er ihr alle Schätze der Welt hätte zu Füßen legen können, sie hätte ihn abweisen müssen. Wie eine Ware läßt sie sich verkaufen, von Hand zu Hand."

Er machte mit der Hand eine Bewegung durch die Luft, als schneide er etwas entzwei.

„Ich muß und will damit fertig werden — was man verachten muß, liebt man nicht", dachte er.

Und er wurde sich jetzt erst bewußt, wie hoffnungsvoll er gewesen war, als er gehört hatte, daß Ruth eine Stellung angenommen hatte. Da hatte er geglaubt, sie hätte Walters Bewerbung abgewiesen.

Er warf sich in einen Sessel und starrte vor sich hin. Wie wenig galten ihm all seine Erfolge, da Ruth ihm verloren war. Er seufzte tief auf und suchte die Gedanken zu verscheuchen, die sich immer wieder mit Ruth beschäftigten. Er wollte fertig sein mit ihr, so, wie er mit Walter fertig war.

* * *

(Fortsetzung folgt.)

Westfalen u. Rheinland.

Kamen, 19. Jan. (**Verschiedenes.**) Im Laufe des Monats Dezember haben zwischen dem Reichswirtschaftsministerium, den Vertretungen der Kirchenverbände und den Kultusministerien der Länder Verhandlungen über die Frage des Ersatzes der **Kirchenglocken** stattgefunden. Sie haben zur Bildung eines Arbeitsausschusses geführt, der das gesamte Material durchberaten und die Schaffung einer Organisation aller beteiligten Kreise vorbereiten soll. Diesem Ausschusse soll die Aufgabe zufallen, den Gemeinden die Neubeschaffung von Glocken in wirtschaftlicher Weise zu vermitteln. Gleichzeitig ist beabsichtigt, ihm die Regelung der Frage des Ersatzes von Orgelpfeifen zuzuweisen.

(**Polizeistunde.**) Der Regierungspräsident zu Arnsberg hat für die Städte seines Bezirks, soweit diese unter 50 000 Einwohner haben, die Polizeistunde auf 10 sonst 11 Uhr festgesetzt. Eine Verlängerung der Polizeistunde, die nur bis 11½ Uhr abends zulässig ist, kann nur der Regierungspräsident genehmigen. Vom Regierungspräsidenten wird darauf aufmerksam gemacht, daß solche Ansprüche nicht unmittelbar, sondern stets durch Vermittlung der örtlichen Polizeiverwaltungen einzureichen sind. Für die Sonn- und Festtage wird in der Regel eine Verlängerung der Polizeistunde über 11 Uhr nicht zugelassen, da an diesen Tagen die Veranstaltungen früher beginnen können.

(**Militär-Rentenempfänger.**) Die finnische Regierung hat erklärt, daß sie es als eine Ehrenpflicht dem Deutschen Reiche gegenüber betrachte, u. a. die Kosten zu übernehmen, die dem Reiche durch Zahlung von Pensionen, Renten und Hinterbliebenenversorgung aus Anlaß der Expedition nach Finnland (Ostseedivision) bisher entstanden sind und weiter jährlich erwachsen. Ebenso ist hinsichtlich der dem Deutschen Reiche anläßlich der geleisteten militärischen Hilfe für die Ukraine (einschl. Dongebiet, Halbinsel Krim und Bessarabien) bisher entstandenen und weiter noch erwachsenen Kosten an Pensionen usw. eine Rückerstattung seitens der Ukraine zu erwarten. Die in den Kreisen Soest, Hamm und Lippstadt wohnenden Rentenempfänger aus Anlaß der beiden Expeditionen, sowie die Hinterbliebenen der dort Gefallenen werden daher in ihrem eigenen Interesse aufgefordert, sich bis zum 1. Februar 1920 unter Beifügung ihres letzten Bescheides schriftlich bei der Versorgungsstelle Soest zu melden.

Die Versorgungsstelle Soest veranstaltet von Zeit zu Zeit Versammlungen der Vertreter der amtlichen Kriegsbeschädigten-Fürsorger und der Kriegsbeschädigten-Vereinigungen. Der Zweck der Versammlungen ist, durch Besprechung von Verfügungen und allgemeinen Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten diesen so schnell und weitgehend zu helfen, wie es nach den bisher ergangenen Verfügungen möglich ist. — Sämtliche Personen, die sich in den Kreisen Soest, Hamm und Lippstadt mit Kriegsbeschädigten-Angelegenheiten beschäftigen, die Berufsberater, Vorstandsmitglieder der Vereinigungen usw. sind in den Versammlungen willkommen. Die nächste Versammlung findet am 26. Januar, nachmittags 4 Uhr, in Soest, Brüderstraße 47 (Brauerei Wegener) statt.

(b) **Hoeren-Werwe**, 19. Januar. **Eingebrochen** wurde in der Nacht vom 14. zum 15. ds. Mts. in die Räume des Jugendheims. Durch den Abort verschafften sich die Diebe Einlaß und entwendeten Turngeräte und Dekorationen.

(b) **Niederaden**, 19. Jan. **Ein Einbruchsdiebstahl** wurde vor einigen Nächten bei dem Invaliden Konrad Zorb hierselbst verübt. Mittels eines Beiles haben die Diebe die Fensterladen erbrochen, dann eine Scheibe eingedrückt und sind so in das Innere des Hauses gelangt. Die Hausbewohner wurden durch die Geräusche aufgeweckt, wodurch die Diebesgesellen bei ihrer unsauberen Arbeit gestört und vertrieben wurden. Mitgenommen haben sie nur die Fenstervorhänge und einige andere Einrichtungsgegenstände.

(b) **Mühlhausen**, 19. Jan. (**Viehdiebstahl.**) Ein 2jähriger Bulle wurde in der Nacht vom 14. zum 15. Januar dem Landwirt Ludwig Püttmann von hier von Dieben aus dem verschlossenen Stall geholt und abgeschlachtet. Die abgezogenen Füße und die Eingeweide haben die Raubgesellen (die Fachleute gewesen sind) an der betreffenden Stelle zurückgelassen und das Fleisch mitgenommen.

*

Drei gefährliche Einbrecher verurteilt.

Dortmund, 19. Jan. Für 60—70 000 Mark Waren in 7 Einbrüchen in Unna, Holzwickede und Aplerbeck gestohlen zu haben, wird dem Bergmann Wilhelm Ruhfaut aus Asseln, dem Bergmann Karl Meier aus Holzwickede und dem Bergmann Hennrich Schuster aus Massen vorgeworfen. So wurde am 11. Mai 1919 im Geschäfte der Witwe Heinrich Rogge in Unna eingebrochen und für ca. 14 000 Mark Kleiderstoffe, Blusen, Wäsche usw. gestohlen. Einen Teil der gestohlenen Sachen fand man bei Ruhfaut, der auch zugibt, den Einbruch ausgeführt zu haben. Früher gab er an, mit dem flüchtigen Biermann eingebrochen zu sein. Heute sagt er, er sei allein von Hamm gekommen, die letzte Straßenbahn sei von Unna weggewesen, auf seinem Weg durch die Bahnhofstraße habe er die Tür bei Rogge aufgebrochen und mitgenommen, sodiel er tragen konnte. Einen Teil habe er in Dortmund für 340 Mark verkauft. — Den 2. Einbruch, bei welchem dem Färbereibesitzer Schauffelberger in Unna für 10 000 Mark Kleidungsstücke und 3000 Mark Bargeld aus seinem Laden gestohlen wurden, bestreiten die Angeklagten ausgeführt zu haben. Kleidungsstücke, die aus dem Diebstahl stammten und bei Schuster gefunden wurden, will dieser von einem Unbekannten, der auf der Fahrt nach Berlin war, für 700 Mark gekauft haben. Am 6. Mai 1919 brach Ruhfaut bei dem Kaufmann Rademacher in Holzwickede ein, indem er die Bretter durchschnitt und die Tür erbrach. Er will gestört sein, darum nahm er nur einen bereits fertigen Packen Stoffe, Wäsche, Kleidungsstücke usw. mit. Die gestohlenen Sachen hatten einen Wert von 6000 Mark, einiges Sachen wurden noch bei ihm gefunden. Ebenfalls im Mai wurde auch der Uhrmacher Hellmann in Holzwickede von Einbrechern heimgesucht und ihm für 30 000 Mark Gold- und Silberwaren gestohlen. Ein bei Schuster vorgefundenes Zigarettenetui wurde vom Bestohlenen als von ihm stammend erkannt; weitere Verdachtsmomente richteten sich auch gegen Ruhfaut. Beide bestreiten ihre Täterschaft, greifbare Momente dafür sind nicht zutage getreten, da auch ein Zeuge bekundet, daß Schuster das Etui schon früher besessen habe. Meier wird ein im April ausgeführter Diebstahl von Kleiderstoffen im Werte von mehreren 1000 Mark beim Kaufmann Herzberg in Aplerbeck zur Last gelegt. Er bestreitet das und behauptet, die bei ihm gefundenen Stoffe stammten aus dem von ihm mit drei Unbekannten am 15. Mai 1919 beim Kaufmann Rosenberg in Aplerbeck ausgeführten Einbruch, bei dem für 8000 Mk. Stoffe usw. gestohlen wurden. Früher hatte er Ruhfaut und Schuster als seine Komplizen bezeichnet, doch zieht er heute diese Belastung zurück. — Schuster soll ferner am 29. Mai beim Kaufmann Simon in Aplerbeck einen ganzen Posten Lebensmittel, Tabakwaren, Seife, Schuhe usw. gestohlen haben. Die bei ihm gefundenen Zigaretten (Marke „Tattersal") hat er früher schon gekauft. — Am 6. November 1919 sind Ruhfaut und Schuster bereits wegen gemeinschaftlich mit mehreren Komplizen ausgeführter Einbrüche in die Konsumvereine Brackel und Scharnhorst verurteilt. Mit einer kurz vorher in Bielefeld gegen ihn verhängten viermonatigen Gefängnisstrafe hat Ruhfaut insgesamt 1 Jahr 3 Monate Gefängnis zu verbüßen. In Bielefeld war er seinerzeit aus dem Gefängnis ausgebrochen und hatte sich nach Duisburg gewandt. 48 Stunden erfreute er sich der goldenen Freiheit, da wurde er bei dem Versuch, einen Einbruch zu verüben, wieder abgefaßt. In Duisburg erhielt er deswegen sechs Wochen Gefängnis. — Bei ihrer Verhaftung hatten alle drei Angeklagten Revolver bei sich. — Die Strafkammer kam zu folgendem Urteil: Ruhfaut wird wegen des Diebstahls bei Rogge, Rademacher, Rosenberg, wegen eines in Aplerbeck bei der Witwe Steinhoff in Aplerbeck versuchten Einbruchs und des verbotenen Waffentragens zu 2 Jahren Gefängnis, Meier wegen des Einbruchs bei Rosenberg und des Waffentragens zu 9 Monaten Gefängnis und Schuster wegen des Rosenbergschen Diebstahls, Hehlerei und verbotenen Waffenbesitzes zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

*

Dortmund, 19. Jan. (**Zwei Raufbolde verurteilt.**) Am 4. Mai v. J. hatte nach einem Spaziergange eine Gesellschaft junger Damen und Herren aus Dortmund sich zu gemütlichem Beisammensein im Gesellschaftszimmer der Bauerschen Wirtschaft im Olpkertal vereinigt. Nach 9 Uhr abends verließ die Gesellschaft in fröhlicher Stimmung das gastliche Bauersche Haus, nichts ahnend, daß ihr bald Uebles widerfahren würde. Während die übrigen nach Dortmund zu vorausgegangen waren, nahm auch Otto Wehr Abschied von Bauers. Kaum aber war er aus der Tür getreten, so wurde er von dem wiederholt vorbestraften Bergmann Otto Hering aus Wellinghoferheide überfallen, ins Gesicht geschlagen und in den Rücken gestoßen, sodaß er auf die Straße fiel. Als er sich wieder erhoben und dem ihm unbekannten Gegner gesagt, daß er sich wohl in der Person geirrt, wurde er wieder geschlagen. Nun nahm er Reißaus. Hering folgte ihm eilends, holte ihn ein und setzte in Gemeinschaft des Tanzlehrers Fritz Osthoff aus Wellinghoferheide, der auch nicht mehr unbescholten ist, die Mißhandlung Wehrs fort. Auf die Hilferufe Wehrs kehrten dessen Freunde und Freundinnen um. Nun wandten sich der mit einem Revolver bewaffnete Hering und Osthoff mit einem Schlagring gegen diese und schlugen auf jeden los, der sich ihnen in den Weg stellte. Dabei wurde Wehrs Vetter Kerz so zugerichtet, daß er 11 Tage lang arbeitsunfähig war. Eine der Damen war mittlerweile in die Bauersche Wirtschaft zurückgelaufen und hatte den dort anwesenden Polizeisergeanten Bunse und einen anderen Gast zu Hilfe gerufen. Als diese auf dem Kampfplatze erschienen, wurde Bunse sofort von den beiden Burschen aus Wellinghoferheide angefallen. Es gelang dem Bunse, sich frei zu machen, sodaß er den Säbel ziehen und Osthoff wie Hering kampfunfähig machen. Osthoff wurde von dem gehörig tüchtig schlagenden und stechenden Bunse arg bedeckt, so trug er einen stark blutenden Stich in den Arm davon. Nachdem durch das energische Dazwischentreten Bunses die Kämpfer getrennt und dem bösen Zwischenfall ein Ende bereitet worden, begaben sich die Parteien in die nächstgelegene Kohringsche Wirtschaft, um die Verwundeten zu verbinden. Dort soll Osthoff, der übrigens stark betrunken war, gesagt haben, daß er es nicht anders verdient habe. Die Angeklagten wurden gestern von der Strafkammer wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung, Widerstands und unbefugten Waffentragens, und zwar unter Einbeziehung einer im Oktober v. J. erhaltenen Gefängnisstrafe von 9 Monaten und Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft, Hering zu 2 Jahren 2 Monaten und Osthoff zu 2 Jahren Gefängnis, sowie beide zu 60 Mk. Geldstrafe verurteilt. Osthoff, der sich auf freiem Fuß befand, wurde sofort in Haft genommen.

Dortmund, 19. Januar. (**Mißlungener Fluchtversuch.**) Dem gestern von der Dortmunder Strafkammer wegen Körperverletzung, Widerstands und unbefugten Waffentragens zu 2 Jahren Gefängnis verurteilten Tanzlehrer Fritz Osthoff aus Wellinghoferheide kam die Verurteilung sehr überraschend, denn er hatte sich nach dem Antrage des Rechtsanwalts schon fest in die Hoffnung gewiegt, daß er freigesprochen werden würde. Noch schmerzlicher berührte ihn seine sofortige Inhaftnahme, da sie seine für den Abend und später getroffenen Dispositionen über den Haufen warf. Anscheinend, um von seinen Freunden Abschied zu nehmen, drängte er sich an den Zuhörerraum. Während er einem Freunde die Hand reichte, schwang er sich plötzlich über die Barriere, riß sich von dem ihn packenden Justizwachtmeister los, sprang im Nu durch die geöffnete Tür und rannte auf die Straße. Ebenso schnell folgte der Justizwachtmeister, der auf der Straße eine gerade daherkommende Patrouille der Sicherheitswehr anrief, die dem Osthoff den Weg verstellte, ihn gefangen nahm und dem Gerichtsgefängnis zuführte, wo schon der Gefängnisaufseher auf Osthoff wartete, um ihn in sicheres Gewahrsam zu bringen. Als der mit Osthoff verurteilte Bergmann Otto Hering sah, daß sein Genosse den Weg ins Freie genommen hatte, zeigte auch er Neigung, denselben Weg zu gehen, doch wurde ihm durch seine Absicht ein Strich gemacht.

Dortmund, 16. Jan. (**Schwurgericht.**) Die schrecklichen Vorgänge in Ickern am 21. Februar vor. Js. waren gestern nochmals Gegenstand einer Verhandlung vor dem Schwurgericht. An jenem Tage hatte im Oberhardtschen Saale daselbst eine Versammlung der Belegschaft stattgefunden, in welcher beschlossen wurde, einen Zug zu der Schachtanlage 3/4 zu unternehmen, um dort zu demonstrieren. Zunächst zog die Menge zu den Beamtenwohnungen; man zwang die Beamten unter Drohungen und schweren Mißhandlungen, vor der Spitze des Zuges mit roten Fahnen, die man ihnen in die Hand drückte, zu marschieren. Ein großer Teil der Aufrührer hatte sich dem Geschäft des Plünderns der Wohnungen der Zechenbeamten hingegeben und restlos durchgeführt. Auch die Wohnung des Betriebsführers Waskönig war von einer großen Menschenmenge heimgesucht und ausgeplündert worden. Als der Betriebsführer Waskönig gegen 8 Uhr, nachdem der Aufruhr viele Stunden gedauert hatte, sich zu seiner Wohnung zurückwagte, fand er in derselben noch zwei fremde Leute, darunter den Tagesarbeiter Max Grieb, der ein Bündel Sachen aus dem Obergeschoß herunterbrachte, sich aber durch das Fenster entfernte, als er den Betriebsführer erblickte; das Bündel ließ er zurück. Gestern hatte sich nun Grieb wegen Teilnahme an der Zusammenrottung (schwerem Landfriedensbruch) und wegen Plünderns zu verantworten. Der Angeklagte gibt zu, an dem Zuge teilgenommen zu haben. In das Haus des Betriebsführers habe er sich nicht in Absicht, zu plündern, sondern mehr aus Neugierde begeben. Das Bündel Sachen habe er im Oberstock gefunden und mit nach unten genommen, um zu sehen, was darin sei. Es wäre Wäsche gewesen, die er nicht gebrauchen konnte. Der erst 19 Jahre alte Angeklagte ist noch unbescholten, er war auch nicht einer der Schlimmsten, die an dem Aufruhr teilnahmen. Der Staatsanwalt beantragte deshalb, das Schuldig auszusprechen, aber auch die Frage nach mildernden Umständen zu bejahen. Der Spruch der Geschworenen lautete diesem Antrage entsprechend. Das Urteil lautete auf 8 Monate Gefängnis.

Dortmund, 17. Jan. (**Frachtbriefschwindler festgenommen.**) Gestern vormittag erschien bei der Darmstädter Bank ein gutgekleideter Mann, legte einen Duplikatfrachtbrief und die Rechnung einer Hamburger Firma vor und wollte auf diese 127 000 Mark erheben. Da die ganze Sache als Schwindel erkannt wurde, benachrichtigte man die Polizei. Diese erschien und nahm den Schwindler, der sich Brinkworth nannte, fest. Durch ihn erfuhr man, daß sein Komplize mit ihm in einem hiesigen Hotel wohne. Dort gelang es der Polizei, den sich Klasen nennenden Gauner zu verhaften. Der war anscheinend durch das lange Ausbleiben seines Kollegen unruhig geworden und wollte gerade ausfliegen. Es wird angenommen, daß Brinkworth und Klasen nicht die richtigen Namen der Schwindler sind.

(s) **Lichtendorf**, 16. Januar. **Spitzbuben** statteten dem Hühnerstall des Landwirts Petersmann in Overberge einen unliebsamen Besuch ab und nahmen 22 Hühner mit. Nachdem den Dieben dieser Raub geglückt war, wollten sie sich in der nächsten Nacht auch einen Schweinebraten verschaffen und versuchten deshalb in den Schweinestall zu gelangen. Die Hausbewohner wurden jedoch durch das verdächtige Geräusch aus dem Schlafe aufgeweckt und die Spitzbuben machten sich nun schleunigst aus dem Staube, ohne erkannt zu werden.

(W) **Hamborn**, 17 Jan. (**Zeche stillgelegt.**) Nachdem die Arbeiter der Zeche „Wehofen" erneut in den Streik getreten sind, hat die Leitung beschlossen, die ganze Zeche stillzulegen. Die Arbeiter werden sämtlich entlassen.

Zur Vermehrung der Bergarbeiterbelegschaft.

Durch die kommunistische und syndikalistische Verhetzung beeinflußt, glaubt ein Teil der Bergarbeiter allen Ernstes am 1. Februar die Sechsstundenschicht einfach erzwingen zu können. Den Kommunisten und Syndikalisten liegt nicht etwa das Wohl der Bergarbeiter am Herzen, daß sie sich so stark für die Sechsstundenschicht ins Zeug legen. Sie wollen vielmehr durch die Schichtverkürzung der deutschen Volkswirtschaft einen entscheidenden Schlag versetzen. Es ist ein alter taktischer Grundsatz der syndikalistischen Volksbeglücker, die ganze Volkswirtschaft durch ständige Streiks und unsinnigste Forderungen zu untergraben, den „Kapitalismus zu vernichten", um dann auf dessen Trümmern das tausendjährige Reich des Kommunismus zu begründen. Es wäre ein Wunder, wenn die ständigen Rufe nach der Sechsstundenschicht nicht weitere Kreise der Bergarbeiter erfaßt hätten.

Um der Oeffentlichkeit die Forderung um die Sechsstundenschicht volkstümlich zu machen, wird von einem Teil der Bergarbeiter, vielfach im guten Glauben erklärt, daß nach der Einführung der Sechsstundenschicht sie die siebente Schichtstunde als bezahlte Ueberstunde arbeiten würden. Praktisch bliebe demnach die Siebenstundenschicht bestehen. Warum aber erst die unbedingte Festsetzung der Sechsstundenschicht, die noch in keinem Lande besteht? Ist doch in dem verhältnismäßig wirtschaftlich starken England erst vor kurzem die Siebenstundenschicht für den Bergbau eingeführt worden!

Wir können uns nicht im entferntesten mit dem verhältnismäßig wirtschaftlich starken England messen und sollen die Sechsstundenschicht ertrotzen? Wer übernimmt die Gewähr, daß alle Bergarbeiter auch die Ueberstunde als siebente Förderstunde einhalten werden? Niemand kann die Gewähr übernehmen, und es ist heute schon hundert gegen eins zu wetten, daß nach der Scheinverkürzung der Arbeitszeit die Linksradikalen eine Werbetätigkeit entfalten zur Verweigerung der siebenten Förderstunde.

Das ist im höchsten Grade wahrscheinlich, wenn man bedenkt, daß schon jetzt die kommunistische „Freiheit" in Duisburg im Falle einer internationalen Regelung der Sechsstundenschicht für Deutschland schon für die Fünfstundenschicht Stimmung macht. Die siebente Förderstunde als Ueberstunde ist darum keine gangbare Lösung der Frage.

Des Weiteren wird Stimmung gemacht für das Dreiförderschichtsystem, von dem eine erhebliche Mehrleistung erwartet wird. Das sind Vermutungen und theoretische Experimente; bei dem heutigen Stande der Volkswirtschaft darf aber nicht experimentiert werden. Die Einführung der Dreiförderschicht ist praktisch in absehbarer Zeit undurchführbar, denn die Kohlenförderungsfrage ist letzten Endes eine Wohnungsfrage. Um eine Förderung von Kohlen von 30 Millionen Tonnen zu erreichen, sind 150 000 Bergarbeiter mehr nötig.

Es handelt sich in der Hauptsache um die Unterbringung verheirateter Arbeiter, denn diese eine größere Gewähr von Stetigkeit im Bergbau sind. Also müssen Häuser gebaut werden, um 150 000 Bergarbeiter-Familien unterzubringen. Zur Siedelung von Bergarbeitern hat die Regierung ein Bergmanns-Wohnstättengesetz in Vorbereitung, das in nächster Zeit zur Verabschiedung kommen wird. Die Beunruhigung der Bergarbeiter über die Verzögerung ist unbegründet, denn es wäre einfach unverständlich, wenn die Regierung eine das Volkswohl berührende Frage wie das Wohnstättengesetz verschleppen würde.

Um aber Wohnungen für mindestens 150 000 Bergarbeiter zu bauen, werden die Bergarbeiter selbst tatkräftigst mithelfen müssen durch Mehrförderung von Kohlen für die Bauindustrie, besonders für die Ziegeleien. Heute, wo selbst so lebenswichtige Betriebe wie die Gas- und Elektrizitätswerke kaum beliefert werden können, ist es natürlich unmöglich, die Bauindustrie genügend mit Kohle zu versorgen. Und doch muß die Bautätigkeit in diesem Jahre mit größter Tatkraft einsetzen, damit das Wohnungselend einigermaßen behoben wird.

So sehen wir, daß alle wirtschaftlichen Fragen letzten Endes in die Kohlenförderung munden.

Ein Radautag in der sächsischen Kammer.

(TU) **Dresden**, 17. Jan. Gestern hatte auch die sächsische Volkskammer ihren Radautag. Der Wirtschaftsminister Schwarz hatte am Donnerstag die Deutschnationalen scharf angegriffen. Darauf erwiderte gestern der Abgeordnete Beutler und meinte, die Revolutionsregierung habe ihre Unfähigkeiten vollständig dargetan. Sie würde schon von selber stürzen. Die Deutschnationalen dächten nicht an eine Gegenrevolution: sie könnten warten. Minister Schwarz erklärte: Nicht die Revolution, sondern der Krieg und diejenigen, die den Krieg herbeigeführt hätten, seien schuld. Die Schuldigen säßen in der Deutschnationalen Partei. Beutler erwiderte mit dem Zuruf: Die Verbrecher sitzen dort! (auf die Unabhängigen zeigend). Diese erhoben einen furchtbaren Tumult und riefen der Rechten zu: Bluthunde! Verbrecher! Kriegshetzer! Minister Schwarz erklärte weiter, wenn es zum Zusammenbruch käme, würden die Deutschnationalen die Ersten sein, die an den Galgen kämen. Beutler erwiderte: Ein Minister, der sich derartig benehme sei für ihn die Karrikatur eines Ministers!

*

— **Ueberfall auf ein Spandauer Munitionsdepot.**) Ein Ueberfall auf das Artillerie-Munitions-Depot in Spandau wurde in der vorvergangenen Nacht von unbekannten Tätern verübt. Die Bande kam in einem Kraftwagen gefahren, überrumpelte die drei Wächter und zwang sie, die Schlüssel herauszugeben. Die Bande erbeutete einen Posten Munition und brachte ihn ihm Kraftwagen weg. Bisher ist noch keine Spur von den Tätern gefunden.

— **Großfeuer.** Gestern nachmittag entstand in der Spulenwickelei des Bergmann-Elektrizitätswerkes in der Oudenarderstraße zu Berlin infolge einer Benzinexplosion Großfeuer. Mehrere Personen wurden durch die Explosion und die dadurch hervorgerufenen Stichflammen getötet, andere schwer verletzt.

Stimmen aus dem Publikum.

Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Deutschland, mein Vaterland ....

(Beim Lesen der erbarmungslosen Friedensbedingungen.)

Deutschland, mein Vaterland,
Deutschland, dich laß ich nicht,
Du warst mein Stolz.
Auf unserm Erdenrund
Tun alle Zungen kund
Fernerhin deinen Ruhm,
Auch in der Not.

Deutschland, du Land voll Fleiß,
Treue und Redlichkeit,
Du bist mein Stolz.
Ob ich auch nah, ob fern,
Du bist mein Lebensstern,
Deine Vergangenheit
Gibt Mut und Kraft.

Auf denn, du deutsches Volk,
Auf denn, mit Gott, dem Herrn!
Du bleibst mein Stolz.
Liebe in Glück und Not,
Treue bis in den Tod
Schwör' ich dir alle Zeit,
Mein Vaterland.

Kamen, 10. Januar 1920.

Friedrich Rehfuß, Postsekretär.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 19. Jan. **(Preisringen.)** Am Sonntag, den 11. Januar, hielt die Ringerriege des Turnvereins „Kaiserkrone" ihr Meisterringen ab. Um 4 Uhr begrüßte der 1. Ringwart Herr H. Sonau die erschienenen Ringer und Sportsfreunde. Eingeleitet wurde die Veranstaltung durch Varietee. Zunächst turnten die Turner der Riege am Reck; diese zeigten ihr gutes Können. Der Beifall blieb deshalb nicht aus. Alsdann begaben sich die drei Turner zur Bühne, um ihr Können am Barren und in Handakrobatik zu zeigen. Der Beifall bei letzterer war überaus groß; daraus war zu ersehen, daß die drei Turner etwas Glänzendes vorführten. Alsdann traten drei Ringer der Riege zum Gewichtsheben auf, diese zeigten ihre Kraft, denn es war ein Gewicht von 152 Pfund. Auch diesen wurde reicher Beifall zuteil. Hierauf begann der Ringkampf. Vor dem Ringen wurde den Ringern warm ans Herz gelegt, bei dem Ringen sachlich zu Werke zu gehen und keine Zwischenrufe zu machen. Dieses wurde bei dem Kampf auch streng beachtet, es herrschte die größte Ruhe. Es hatten sich 30 gute Ringer zum Kampf gemeldet. Für die beiden Schiedsrichter war es eine schwere Aufgabe, den Kampf zu leiten, aber sie waren ihrer Aufgabe gewachsen. So konnte der Ringkampf ohne jeglichen Zwischenfall zu Ende geführt werden. Um 9 Uhr konnten vor vollbesetztem Saale die Sieger verkündet werden. Die Meisterschaft vom Landkreise Hamm erhielt Putschis, Husen-Kurl; 1. Preis Kubinski, Niedermassen; 2. Preis Hinze, Kaiserau; 3. Preis Gillmeister, Kamen. Nachdem kamen auch die Tanzlustigen zu ihrem Recht, aber allzuschnell rückte die Polizeistunde heran. Die Ringer-Riege sowie der Turnverein „Kaiserkrone können mit Stolz auf diese so gut verlaufene Veranstaltung zurückblicken.

Weddinghofen, 19. Jan. **Der Dilettanten-Verein „Deutsche Bühne"** hielt am Sonntag, den 11. Januar d. J. im Lokale des Herrn Karl Dickmann seine erste Hauptversammlung ab, die vom 2. Vorsitzenden, Herrn Vieregge, mit einer Ansprache eröffnet wurde. Nachdem der 1. Kassierer den Jahresbericht erstattet hatte, wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Folgende Herren wurden einstimmig gewählt: Friedrich Vieregge 1., Friedrich Seepe 2. Vorsitzender; Otto Kampmann 1., Otto Müller 2. Schriftführer; Ernst Haverkamp 1., Heinrich Grundmann 2. Kassierer; Wilh. Bäcker 1., Franz Busse 2. Regisseur. Für die Kriegsgefangenen stiftete der Verein 50 Mk. und hat den Betrag dem Herrn Gemeindevorsteher Goede übergeben. Es wurde beschlossen, ein Frühjahrskränzchen zu feiern, bestehend in Konzert, Theater und Ball. (Näheres durch Inserat in dieser Zeitung.)

Wasserkurl, 19. Jan. **Der Turnverein Eintracht** feiert am 29. Februar einen Preismaskenball, auf den wir die Einwohnerschaft und die Vereine von Kaiserau, Methler und Westick schon jetzt aufmerksam machen.

Stimmen aus dem Publikum.

Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Kamen, 16. Jan. (Betrifft: Trockenlegung Amerikas.) Herrlich wäre unser Leben auf dem Erdenlabyrinth, würd' es keine Menschen geben, die vom ..... betroffen sind. Diese Worte passen so recht für die beiden Seiten, welche in den letzten Tagen sich über die Richtigkeit der Trockenlegung Amerikas in der Presse streiten. Gibt es denn heute in deutschen Landen keine anderen Gegenstände, die unserer Betrachtung würdiger wären, als darüber zu diskutieren, ob das Alkoholverbot zu recht oder unrecht sei? Dem Alkoholgegner bangt vielleicht vor dem „Delirium tremens", während dem Alkoholiker vor der „Paralyse" graut, wenn das Alkoholverbot auch in Deutschland Gesetzeskraft erhielte. In dieser ernsten Zeit bin ich der Ansicht, daß sich unser aller Gedanken zunächst auf den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens zu konzentrieren hätten. Die Ratifikation ist vollzogen, Tausende von Menschen erwarten in Sehnsucht die Wiederkehr unserer Lieben aus der Gefangenschaft. Sie, die unter den Qualen der seelischen Depression hinter den fluchwürdigen Stacheldrähten in brutaler Gefangenschaft als Teile unseres eigenen Fleisches und Blutes geschmachtet haben, sie kehren zurück, ihnen gilt vorderhand unser ganzes Denken und Sinnen. Sie kehren zurück in dem Moment größten Elends, die wirtschaftliche Lage zerrüttet, Deutschland sozusagen total verarmt. Ist es da nicht unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, zu versuchen, unseren heimkehrenden Brüdern nach Möglichkeit über diese Schwere hinwegzuhelfen? Alle, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit oder Konfession, ob Alkoholgegner oder -Freund! Wie wenig man in gewissen Kreisen das Erdrückende des eben abgeschlossenen Friedens erkennt, beweist der Streit wegen der Trockenlegung Amerikas. Mag der Liebhaber seinen Schoppen trinken und der Abstinenzler es unterlassen; Hauptsache ist, gemeinschaftlich versuchen, die schreckliche Lage Deutschlands durch gemeinsame Arbeit zu bekämpfen. Dies ist die Idee des Ortsvereins der Kriegsteilnehmer, welcher in seiner nächsten Monatsversammlung, welche Anfang Februar stattfindet, sich mit der Frage beschäftigen wird: Wie können wir die gefangen gewesenen Kameraden des Vereins tatkräftig unterstützen? Nach dem betreffenden Beschluß wird gehandelt. Allen Kameraden, welche sich an diesem Werk beteiligen wollen und dem Verein noch nicht angehören, sind zu dieser Versammlung, welche noch durch Anzeige in dieser Zeitung bekanntgegeben wird, freundlichst eingeladen.

Ortsverein der Kriegsteilnehmer Kamen.

Redaktionsbriefkasten.

B. H. in Kamen. Die Zeitschrift „Der Bürovangestellte" erscheint in Berlin, Dircksenstraße 4.

L. 100 in Kamen. Im Briefkasten können Firmen nicht angegeben werden.



Statt besonderer Anzeige.

Heute nachmittag ist unsere liebe, treue Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, unsere gute Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Friederike Arzinger

geb. Schaekermann

im 81. Lebensjahre nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden sanft entschlafen.

Im Namen der Hinterbliebenen in tiefem Schmerz:

Marie Mertin.

Kamen, den 17. Januar 1920.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 20. Januar, nachmittags um 4 Uhr, vom Sterbehause, Bahnhofstraße 50, aus statt. — Trauerfeier eine halbe Stunde vorher.

Beileidsbesuche dankend verbeten. 229

Trauer-Drucksachen liefert schnell und preiswert die Buchdruckerei der Kamener Zeitung.

Offeriere meinen prima 221

Jagdstiefel

mit geschlossener Lasche und Doppelsohle

Uebach, Weststraße.

Sauberes zuverlässiges

Mädchen

zum 15. Februar gesucht.
Frau M. Heymann,
Dortmund, 213
Märkischestraße 10, II.

Ordentliches

Mädchen

16—18 Jahren für leichte Hausarbeit per sofort oder 1. Februar gesucht. 205

Kaiserau bei Kurl,
Wasserkurlerstraße 6.

Zu verkaufen:
1 Schiebkarre, 40 Bohnenstangen, 1 Paar Arbeits- und Damenschuhe, Gartengerät.
Liebig, Am Bahnhof 4.

Bettstelle
mit Matratze
gut erhalten und
Lehnbank
zu verkaufen. 203
Nordenmauer 48.

Ladenlokal

per 1. Febr. od. früher zu vermieten. 224
Näheres
Weststr. 4.

Wir suchen verkäufliche
Häuser
mit und ohne Geschäft, **Villen, Höfe, Fabriken und Landstellen** an allen Orten zwecks Unterbreitung an vorgemerkte Käufer. Besichtig. **kostenlos. C. H. Hülße & Co., Hannover.** 222
(Porto für Zusendung erbeten)

Bargeld

erhalten rechtschaffene Leute schnell u. diskret vom Selbstgeber durch **Anton Debie Peeren** bei Kamen, Reinhardstr. 10. Sprechzeit von 3—6. Nicht mit anderen Firmen zu verwechseln. 218

Ich warne

hiermit jeden, die unwahren Gerüchte über meine Mutter weiter zu verbreiten, da ich sonst gerichtlich vorgehe. 188

Otto Bronheim.

Bürger-Verein
Kamen.

Dienstag, den 20. ds. Mts., abends 8 Uhr, in Hotel Bergheim

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Kenntnisgabe und Besprechung einiger Stadtverordnetenbeschlüsse. 225
2. Einführung von elektrischer Kraft und elektrischem Licht betreffend.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Unserm 1. Kassierer
H. Biermann
zu seinem am 19. Januar stattfindenden **Geburtstage** ein

dreimaliges Prosit!



Stammtischgesellschaft „Harmonie", Methler.
227

Unserm 1. Vorsitzenden
H. Biermann
zu seinem am 19. Januar stattfindenden
Geburtstage
ein
dreimaliges „Gut Freundschaft"

Dilettantenverein „Frohsinn", Methler. 226

Bekanntmachung.

Dienstag, den 20. Januar, von 3—4 Uhr nachmittags findet im Wohlfahrtsgebäude der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft am Klosterweg

Mutterberatung

statt.

Die Mütter haben ihre Säuglinge und ein Kindertuch mitzubringen.

An ansteckenden Krankheiten und Keuchhusten leidende Kinder sind von der Teilnahme ausgeschlossen. 211

Kamen, den 17. Januar 1920.

Die Städt. Mutterberatung:
Dr. Wiesner.



Hausverkauf

Die Besitzung der hiesigen Sparkasse mit aufstehendem Wohnhause und Anbau, **Kämerstraße 11,** hier, zur Größe von 1,82 ar ist unter günstigen Bedingungen zu kaufen.

Angebote nimmt **bis zum 25. d. Mts.** entgegen. 202

Kamen, den 15. Januar 1920.

Städtische Sparkasse,
Hiddemann, Direktor.

Bekanntmachung.

Im Stadt- und Landkreise Dortmund sind die für die Versorgungswoche vom 18. bis 24. Januar 1920 gültigen Brotscheine aller übrigen Kommunalverbände des Regierungsbezirks Arnsberg für ungültig erklärt worden.

Mehl wird auf diese Brotscheine für die genannte Versorgungswoche nicht erstattet.

Hamm, den 16. Januar 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses des Landkreises Hamm.
J. A.: v. Winterfeld.

Für unsere Buchdruckerei suchen wir zu Ostern einen

Lehrling.

Kamener Zeitung G. m. b. H.

(Meldungen: **Nunaerstr. 163.**)

Bekanntmachung.

Auf Grund des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrage vom 31. August 1919 ist eine Pferdemusterung zwecks Auswahl der an die Entente abzugebenden Pferde angeordnet worden. Der Vorführung unterliegen:

1. alle Hengste, die 2½ Jahre und älter sind,
2. alle Stuten und Stutfüllen, die 1918 und früher geboren sind, ohne Rücksicht auf ihre Rassenangehörigkeit.

Wer es unterläßt, in seinem Besitze befindliche Pferde der Kommission vorzuführen, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu 200 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Gemusterte Pferde werden hierdurch bis auf weiteres für den Kommunalverband beschlagnahmt. Orts- und Besitzwechsel sind nur mit meiner Genehmigung statthaft.

Bis zur Abnahme sind die Besitzer verpflichtet, die Pferde in ordnungsmäßigem Zustande zu erhalten und pfleglich zu behandeln. Wer dieses unterläßt, hat die vorerwähnten Strafen zu gewärtigen. Die Vormusterung findet wie folgt statt:

Tag	Tageszeit	Ort der Musterung	Dazu sind vorzuführen die Pferde aus den Gemeinden
Dienstag, 20. Januar 1920	8 Uhr vorm.	Hemmerde	Hemmerde
	9 Uhr vorm.	Norddinker, Südausgang der Straße nach Süddinker.	Norddinker Frielinghausen, Böckinghausen
	10 Uhr vorm.	Bahnhof zu Molkerei	Westhemmerde
	10 Uhr vorm.	Pelkum, Wirtschaft Schimmelschulze	Pelkum
	11 Uhr vorm.		Siddinghausen
	11½ Uhr vorm.	Osttünnen, Wirtschaft Mittrop	Süddinker, Osttünnen, Bönen, Osterbönen
	1 Uhr nachm.	Herringen, Hellwegstraße bei dem Gehöft Hülshoff	Herringen, Sandbochum
Mittwoch, 21. Januar 1920	8 Uhr vorm.	Lünern Kreisstraße am Bahnhof	Lünern
	10 Uhr vorm.	dto.	Stockum
	11 Uhr vorm.	dto.	Mühlhausen-Uelzen
	2 Uhr nachm.	Heeren-Werve am Bahnhof	Heeren-Werve

Hamm (Westf.), den 13. Januar 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses: Schulze-Pelkum.